Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 46 (1954)

Heft: 1

Artikel: Der Lebensstandard der englischen Arbeiterklasse seit 1945

Autor: Bieligk, K.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353624

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der Nachfrage bzw. der Anlagemöglichkeiten gebracht. Und die Schwierigkeiten scheinen sich heute besonders zuzuspitzen, weil manche Unternehmungen Lager abbauen und mit Investitionen zurückhalten. Angesichts dieser Sachlage dürfte gewiß sein, daß der AHV-Fonds weder als einziger noch als maßgeblicher Faktor die Störung verursacht hat und daß der Heilungsprozeß nicht so einfach sein wird, wie man sich das vielerorts vorstellt. Dabei erhebt sich die in den dreißiger Jahren schon einmal erörterte Frage wieder, ob nicht in der gegenwärtigen Konjunkturphase zuviel gespart wird – will es doch scheinen, daß volkswirtschatflich die Sparrate größer sei als die Investitionsrate. Wir wollen diese Frage hier nur berühren, sie aber nicht beantworten. Früher war der Kapitalexport ein willkommenes Ventil, es versagt aber heute größtenteils. Wie will man nur schon das repatriierte Kapital und das Fluchtkapital zwingen, im Ausland – von wo sie gekommen, ja geflohen sind – Anlage zu suchen?

Eines ist sicher, da dem Arbeitnehmer die Sicherung seiner Existenz nicht weniger heilig ist wie dem Kapitalbesitzer – das zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Diskussion – die Sicherheit seines Kapitals und des Ertrages daraus, kann er den Abbau oder die Entwertung des AHV-Fonds, wie die Bankiers es vorschlagen, nicht zulassen.

Dr. Heinz Schmidt

Der Lebensstandard der englischen Arbeiterklasse seit 1945

Von den 186 Gewerkschaften, die dem englischen Gewerkschaftsbund (TUC) angeschlossen sind, haben 50 auf ihren diesjährigen Verbandstagen beschlossen, bei den Unternehmerverbänden Lohnforderungen einzureichen. Es befinden sich darunter die größten Verbände, so der Transport- und allgemeinen Arbeiter, der Gemeindearbeiter, der Metall- und Maschinenindustrie, der Schiffsbauindustrie, der Eisenbahnarbeiter und -angestellten, der Handels- und Ladenarbeiter und -angestellten und der Bauarbeiter. In der Begründung zu diesen Beschlüssen wird wiederholt betont, daß sie durch die steigenden Lebenshaltungskosten erzwungen seien und einem weiteren Rückgang der Lebenshaltung begegnen sollten. Die Beschlüsse sind ausnahmslos mit Zustimmung der Verbandsvorstände gefaßt worden. Die Gewerkschaften sehen in der Abwehr der Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der im Gange befindlichen Kampagne für die Steigerung der Produktion.

Der Krieg drückt den Lebensstandard herab

Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung im Vergleich zu 1938 stark verschlechtert. Der gesamte Lebensmittelverbrauch war im Durchschnitt er-

heblich niedriger als vor dem Kriege, und da seit sechs Jahren keine Wohnungen gebaut worden waren, hatten sich auch die Wohnungsverhältnisse stark verschlechtert. Dabei war aber die Lebenshaltung der englischen arbeitenden Bevölkerung in den Vorkriegsjahren keineswegs besonders günstig. Von den 17 Millionen Personen, die in Beschäftigung waren, hatten damals annähernd 10 Millionen einen Verdienst von weniger als 35 Schweizer Franken (sFr.) in der Woche. Sie mußten sich nach der staatlichen Ernährungsübersicht mit weniger als einem Drittel der Menge an Eiern, Butter und Fleisch ernähren, als es jene konnten, die ein Wocheneinkommen von 150 sFr. hatten. Außerdem gab es über 1 700 000 Arbeitslose, darunter Tausende im Bergbau und Schiffsbau, die seit Jahren ohne Beschäftigung waren. Eine mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführte Untersuchung der Armut in der nordenglischen Industriestadt York ergab, daß wenige Jahre vor dem Kriege *ein Drittel der gesamten Bevölkerung unter der Armutsgrenze* lebte. Diese von dem führenden Quäker *B. Seebohm Rowntree* für York getroffene Feststellung würde für andere Industriestädte und Industriebezirke noch ungünstiger ausgefallen sein, wenn in ihnen gleiche Untersuchungen durchgeführt worden wären.

Aber so schwer waren die Wunden des Krieges für England, daß die Arbeiterregierung, die 1945 an die Macht kam, in der Wiederherstellung des Lebensstandards von 1938 die erste Etappe des Wiederaufbaus sah. Der inzwischen verstorbene *Sir Stafford Cripps*, der damals Wirtschaftsminister war, erklärte in einer Produktionskonferenz im Januar 1947 vor Vertretern der Gewerkschaften und Unternehmer:

> «Ich denke nicht, daß es übertrieben ist, zu wünschen, daß wir wieder den Lebensstandard von 1938 erreichen und als einen ersten Schritt dazu die Vollbeschäftigung verwirklichen sollten. Wenn uns das gelungen ist, sollten wir Schritt für Schritt unseren Lebensstandard so weit erhöhen, als uns das möglich ist. Eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung unseres Lebensstandards ist die Aufrechterhaltung unserer Wareneinfuhr, insbesondere der Nahrungsmittel- und der Rohstoffeinfuhr. Wollen wir das, so müssen wir auch durch eine entsprechende Ausfuhr unserer Waren den Ausgleich der Zahlungsbilanz herstellen. Das können wir nur, wenn wir die Ausfuhr mengenmäßig um 75 Prozent über 1938 erhöhen. Es ist das Ziel der Regierung, daß *der Durchschnitt des Lebensstandards von 1938 sich gleichmäßig auf das ganze Volk erstrecken soll*, und das würde einen wachsenden Bedarf für einen großen Teil an Waren, insbesondere Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnung, Möbeln usw. bedeuten. Daraus folgt, daß diese Industrien auch für den Inlandmarkt mehr produzieren müssen als 1938.»

Also nicht nur der Durchschnitt des Lebensstandards von 1938, *sondern daß er sich gleichmäßig auf das ganze Volk erstrecke*, das war die Aufgabe, die sich die Arbeiterregierung mit ihrer Wirtschafts-,

Sozial- und Finanzpolitik zunächst gestellt hatte. Bis der Wiederaufbau und die Neuorganisation der Wirtschaft vollbracht und die entsprechende Steigerung der Produktion und der Ausfuhr erreicht war, mußten jene Bevölkerungsklassen, die 1938 und vorher eine Lebenshaltung hoch über dem Durchschnitt hatten, ihren Verbrauch einschränken, damit die Millionen des arbeitenden Volkes ihren Verbrauch dem Durchschnitt nähern konnten.

Vollbeschäftigung – Grundlage des sozialen Aufstiegs

Das entscheidende Mittel für die Verbesserung des Lebensstandards wurde in der *Vollbeschäftigung* der Wirtschaft gesehen. Jene Millionenarbeitslosigkeit, die sich unmittelbar nach dem Krieg von 1914 bis 1918 und dann wieder Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre einstellte, zu verhindern, bedeutete gleichzeitig, die härteste Not von Millionen Arbeiterfamilien fernzuhalten und ihre Lebenslage zu verbessern. War bei der Vorbereitung der Nachkriegs-Sozialgesetzgebung mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 8½ Prozent der Beschäftigten gerechnet worden, so war es möglich, sie in den Nachkriegsjahren weit darunter zu halten. Der niedrigste Stand wurde 1951 erreicht, als bei über 22 Millionen Personen, die in der Wirtschaft für den Zivilbedarf beschäftigt waren, nur 253 000 Arbeitslose gezählt wurden, also nur 1,2 Prozent.

Die industrielle Produktion erhöhte sich von 1946 bis 1948 um 20 Prozent und von 1948 bis 1951 um weitere 16 bis 18 Prozent. Einige der wichtigsten Industrien zeichnen sich durch eine wesentlich höhere Zunahme der Produktion aus. So beträgt sie in der Schiffsbau- und Maschinenindustrie von 1946 bis 1952 über 50 Prozent, in der Stahlindustrie über 40 Prozent und in der Baumwollindustrie knapp 50 Prozent. Das Volkseinkommen hat sich seit 1946 um annähernd 60 Prozent auf 162 Milliarden sFr. erhöht. Englands Warenausfuhr war 1952 wertmäßig um fast das Vierfache höher als 1938, während sich mengenmäßig in der gleichen Periode nahezu eine Verdoppelung ergibt.

Wie hat sich dieser wirtschaftliche Wiederaufbau für die Arbeiterschaft ausgewirkt?

Die Entwicklung der Arbeiterlöhne

Beginnen wir mit den Arbeiterlöhnen. Die Statistik des Arbeitsministeriums zeigt einen fortlaufenden Index der Lohnrate, der sich auf die von den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden *vertraglich vereinbarten* Stunden- bzw. Wochenlöhne stützt, und einen Index der *tatsächlich erzielten Verdienste.* Der Verdienstindex berücksichtigt alle Akkordzuschläge und die Extrabezahlung für Ueberstunden, Feiertagsarbeit, Weihnachtsgratifikation und dergleichen. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung:

		Vertragslöhne	Verdienste
		in Prozent von 1938	
Oktober	1938	100	100
Juli	1944	130	182
Juli	1945	143	180
Oktober	1946	150	174
Oktober	1948	172	220
Oktober	1949	175	229
Oktober	1950	177	240
Oktober	1951	196	265
Dezember	1952	205	274

Während des Krieges hatten sich demnach die *Vertragslöhne um 43 Prozent,* die tatsächlichen Verdienste aber infolge der ausgedehnten langen Ueberstunden und der Nacht- und Feiertagsarbeit für den Kriegsbedarf *um 80 Prozent* erhöht. In den Jahren 1948 bis 1950 wirkte sich der Beschluß des Gewerkschaftskongresses für eine weitgehende Beschränkung in den Lohnforderungen aus. Die vereinbarten Lohnsätze erhöhten sich nur um 4 Prozent, aber die Verdienste waren doch um etwa 8 Prozent höher. Ende 1952 zeigten die Vertragslöhne im Vergleich zu 1938 eine Steigerung um 105 Prozent, die Verdienste aber eine solche um 174 Prozent.

An der Lohnerhöhung haben die Arbeiter der einzelnen Industrien sehr unterschiedlichen Anteil. So haben sich die vereinbarten Stunden- bzw. Wochenlöhne von 1939 bis Mai 1953 nach der Statistik des Arbeitsministeriums um folgende Prozente erhöht: Hafenarbeiter 72, Chauffeure 84, Tabakarbeiter 88, gelernte Maschinenarbeiter 101, Maurer 117, Schriftsetzer 122, Baumwollarbeiter 147, Konfektionsarbeiter 171, Landarbeiter 225, Bergarbeiter 264. Die größte Erhöhung ist in den Löhnen der ungelernten Arbeiter und der Arbeiterinnen zu verzeichnen. Die Differenz zwischen den Löhnen der gelernten und der ungelernten Arbeiter hat sich in den letzten Jahrzehnten fortlaufend vermindert. Es ist geschätzt worden, daß die Lohnsätze eines ungelernten Arbeiters 1914 ungefähr 64 Prozent eines gelernten Arbeiters betrugen. Im Jahre 1935 hatten sie sich auf 73 Prozent, 1939 auf 76,5 Prozent und 1952 auf 87 Prozent erhöht. Dennoch erreichte ein ungelernter Arbeiter im letzten Jahre im Durchschnitt nur 74 Prozent des Verdienstes eines gelernten Arbeiters. Die Akkordarbeit nimmt zu; 1951 standen rund 30 Prozent des männlichen und 45 Prozent des weiblichen Personals der Wirtschaft in Akkordbeschäftigung.

Für einige Industrien enthält das Lohnabkommen eine gleitende Skala, die unter anderem den Bauarbeitern, den Schuharbeitern und den Schriftsetzern in London bei fortschreitender Teuerung einen automatischen Ausgleich zusichert.

In welchem Verhältnis steht die Entwicklung der Löhne zu der der Lebenshaltungskosten? Die Arbeiterregierung sah in der *Stabilisierung der Inlandpreise* eine Voraussetzung für den stetigen Aufstieg der Wirtschaft. Sie übernahm das im Kriege eingeführte System der staatlichen Zuschüsse zur Niedrighaltung der Lebensmittelpreise und der Preiskontrollen. Gleichzeitig wurde die Rationierung fast aller Nahrungsmittel und der wichtigsten Verbrauchswaren beibehalten. Durch diese Maßnahmen war es möglich, den inländischen Warenmarkt vor jenen Preiserschütterungen zu schützen, die in den ersten Nachkriegsjahren in zahlreichen Ländern für die arbeitende Bevölkerung so stark nachteilig waren. Für England war das um so wichtiger, als es zu jener Zeit nahezu zwei Drittel seiner Lebensmittel einführen mußte.

Obwohl die staatlichen Zuschüsse zur Stabilisierung der Preise von Jahr zu Jahr wuchsen und 1951 rund 6000 Millionen sFr. erreichten, wurde eine völlige Stabilisierung doch nicht erreicht. Einesteils waren es *Auswirkungen der internationalen Wirtschaftsentwicklung*, die trotz der staatlichen Zuschüsse Preiserhöhungen der Waren auf dem englischen Inlandmarkt erzwangen. Andererseits verlangten die stark erhöhten Ausgaben des Staates nach höheren Einnahmen, die in der Hauptsache nur durch *vermehrte Steuern* zu bekommen waren. Diese Steuern mußten auch auf Verbrauchswaren verteilt werden und zogen eine Verteuerung nach sich, die auch den Arbeiterhaushalt belastete. Mit dem Wiederbeginn der militärischen Aufrüstung hat die Zunahme der Steuerbelastung das inländische Preisniveau weiter aufgelockert. Die konservative Regierung, die im Oktober 1951 die Arbeiterregierung abgelöst hat, hat in den ersten zwei Jahren ihrer Amtszeit sowohl die Rationierung, die staatlichen Zuschüsse und die Preiskontrollen weitgehend abgebaut und damit neuen Preiserhöhungen und der Verteuerung der Lebenshaltungskosten einen weiteren Antrieb gegeben. Während auch die englische Bevölkerung die nach dem Ausbruch des Koreakrieges erfolgte Verteuerung an den internationalen Warenmärkten in höheren Preisen für die Lebensmittel und die Rohstoffe zu spüren bekam, wirkt sich die im Frühjahr und Sommer 1953 zu beobachtende internationale Preissenkung auf dem englischen Inlandmarkt infolge der konservativen Regierungspolitik so gut wie gar nicht aus. Hatten sich nach dem Bulletin des Instituts für Statistik der Universität Oxford die Lebenshaltungskosten von 1938 bis 1949 bereits um über 80 Prozent erhöht, so ist diese Entwicklung seither in verschärftem Tempo weitergegangen. Die Preise für alle wichtigen Nahrungsmittel sind stark gestiegen. Allein von Ende 1951 bis Ende 1952 ergab sich folgende Steigerung in Prozenten: Fette 14 Prozent, Margarine 14 Prozent, Milch 20 Prozent, Butter 20 Prozent, Brot 25 Prozent, Schinken

40 Prozent, Käse 85 Prozent. Im «Daily Herald» klagte eine Hausfrau, daß sie beim Kaufmann für die gleichen Waren, für die sie vor einem Jahre sFr. 22.50 bezahlte, jetzt sFr. 4.50 mehr zu zahlen habe.

Außer den eben aufgeführten Nahrungsmitteln, die außer Brot und Milch alle noch der Rationierung unterliegen, wurden auch Eier, Gemüse, Hülsenfrüchte, Reis, Kaffee, Tee, Fleischkonserven, Früchte und alle Bekleidungs- und Gebrauchswaren erheblich verteuert. Die Preispolitik der konservativen Regierung für die inländischen landwirtschaftlichen Waren dient *einseitig dem Schutze der Produzenten.* Für Tomaten, Aepfel, Zwiebeln und Gemüse wird die Zufuhr durch Einfuhrsperren und andere Maßnahmen künstlich reguliert, um die Preise hochzuhalten.

In dem amtlichen Kleinhandelspreis-Index, der die Grundlage für die Berechnung der Lebenshaltungskosten ist, kommen die Folgen dieser Entwicklung so zum Ausdruck:

	Index der Kleinhandelspreise 1938 = 100			
	Gesamtindex	Nahrungsmittel	Getränke und Tabak	Kleidung, Haushaltwaren
1946	151	134	241	170
1947	161	142	274	178
1948	175	154	312	194
1949	180	161	309	203
1950	185	172	300	209
1951	202	191	304	243
1952	221	221	311	254
1953 (Juni)	244	234	312	251

Ein Vergleich mit der vorher wiedergegebenen Lohn- und Verdienststatistik zeigt, daß der Kleinhandelspreis-Index in der ganzen Periode stärker gestiegen ist als der Index der vereinbarten Löhne und daß die Arbeiterschaft nur durch harte Akkordarbeit und vermehrte Ueberstunden- und Feiertagsarbeit zu dem Einkommen gelangte, das der Teuerung *annähernd* entspricht. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß unter den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft begründete Zweifel darüber bestehen, daß der Kleinhandelspreis-Index auch wirklich die gesamte Verteuerung treu widerspiegelt. Die Zweifel haben sich verstärkt, seit der Kleinhandelspreis-Index inmitten einer allgemein fühlbaren Teuerungswelle eine Abnahme verzeichnete, nur weil angeblich die Qualität des Bieres verbessert worden sein soll, ohne daß eine Bierpreiserhöhung eingetreten war!

Die besonders ungünstige Entwicklung der Lebenshaltungskosten in England in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Ländern sei noch durch diese Tabelle veranschaulicht:

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

	Lebenskosten-Index 1948 = 100			
	England	Schweiz	Westdeutschland	Italien
1949	103	99	99	101
1950	106	98	93	100
1951	116	102	100	110
1952	126	105	102	114
1953 (Mai)	130	104	100	117

Während also die Preise in Westdeutschland den gleichen Stand haben wie 1948 und sie in der Schweiz um 4 Prozent und in Italien um 17 Prozent höher sind, beträgt die Steigerung in England 30 Prozent.

Die Verteidigung des Lebensstandards

In den Veröffentlichungen der führenden englischen Banken und der Unternehmerverbände ist immer wieder zu lesen, daß sich «der Lebensstandard der Lohnverdiener im Gleichschritt mit dem Rest des Volkes verbessert» habe und daß «die Neuverteilung des Volkseinkommens zugunsten der organisierten Arbeiterschaft innerhalb einer kurzen Zeit zu weit gegangen» sei. Diese Behauptungen stehen im offenbaren Widerspruch zu dem, was bisher ausgeführt worden ist. Da auf jene Kreise die Argumente der Gewerkschaften keinen Eindruck machen, sei eine Festsstellung angeführt, die dem Bulletin des «London- und Cambridge-Wirtschaftsdienstes» entnommen worden ist. Nach seiner Berechnung hat sich das reale Brutto-Nationalprodukt von 1938 bis 1950 um 21 Prozent erhöht – andere Berechnungen gehen höher. Das persönliche Realeinkommen aber, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung *nach Abzug der Steuern,* hat danach nur um 2 Prozent zugenommen, und wenn es nur auf den Kopf der *beschäftigten* Bevölkerung berechnet ist – die seit 1938 um 5 Millionen zugenommen hat –, so ergibt sich nach dem «London- und Cambridge-Wirtschaftsdienst» sogar eine Abnahme des persönlichen Realeinkommens um 4 Prozent. Diese überraschende Feststellung lenkt die Aufmerksamkeit auf die *viel höhere direkte und indirekte Steuerlast,* die die englische Bevölkerung zu tragen hat.

Wenn trotzdem die Feststellung zu machen ist, daß die Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung bisher nicht auf den Vorkriegsstand zurückgeworfen werden konnte, so ist das den *sozialen Reformen der früheren Arbeiterregierung und den Erfolgen der Gewerkschaften* zu danken. Zu den letzteren gehören außer den Lohnerhöhungen, die meist nur gegen den Widerstand der Unternehmer im Schiedsverfahren durchzusetzen waren, insbesondere die Verkürzung der Arbeitswoche von 48 auf 44 Stunden und die Verlängerung bezahlter Arbeitsferien. Nur eine ganz verschwindende Minderheit der Arbeiterschaft dürfte keinen Anspruch auf mindestens eine Woche Arbeitsferien haben, während bereits ein großer Teil im Genuß von jährlich

zwei Wochen Arbeitsferien ist. Für die Verbesserung des Lebensstandards war der Aufbau eines sozialen Sicherheitssystems, wie er durch das Sozialversicherungsgesetz, durch den staatlichen kostenlosen Gesundheistdienst und durch eine gründliche Reform des Wohlfahrtswesens begonnen wurde, von großem Einfluß. Zusammen mit der Vollbeschäftigung hat es von der großen Mehrheit des Volkes die Furcht vor der Arbeitslosigkeit und der Not genommen und ihre Unabhängigkeit und das Selbstbewußtsein gestärkt.

Es ist dieser bedeutsame Fortschritt im Leben der englischen Arbeiterklasse, der *jetzt gefährdet* ist. Die Arbeitslosigkeit ist bereits höher, als sie unter der Arbeiterregierung war, und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung läßt ihre weitere Steigerung befürchten. Die starken Preissteigerungen haben zu starken Verbrauchseinschränkungen geführt. Sie betreffen nicht jene Kreise mit hohem Einkommen, sondern eben zuerst die Arbeiterfamilien. Der Butterverbrauch, der im Jahre 1950 373 000 Tonnen betrug, war 1952 auf 241 000 Tonnen gefallen; 1938 war er 500 000 Tonnen. Der Milchverbrauch war um über 140 Millionen Liter geringer. Das Intelligenz-Bulletin des Wirtschaftskomitees des britischen Commonwealth verzeichnet weiter eine Abnahme im Verbrauch von Käse, während der Ernährungsminister im Unterhaus zugeben mußte, daß ein wachsender Teil der Bevölkerung seine Wochenration von Schinken seit der Preiserhöhung nicht mehr kauft. Für andere Nahrungsmittel ist der Verbrauch unter den Stand von 1946 gesunken. Auch der Umsatz von Kleidung, Wäsche, Haushaltgerät ist in den letzten zwei Jahren zurückgegangen. Unter der Arbeiterregierung bestand ein «Utility»-System, das den Verbrauchern Qualitätswaren zu niedrigen Preisen garantierte. Es ist beseitigt worden, und, um über die Teuerung hinwegzutäuschen, werden ihnen nun Schund- und Schleuderwaren zu Preisen angeboten, die höher sind als die der früheren Qualitätswaren. Das gilt für Wäsche, Kleidung, Betten, Schuhe, Möbel usw.

Die Stellung der TUC

Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes hat sich wiederholt schärfstens gegen diese reaktionären Maßnahmen der Regierung ausgesprochen. Er hat insbesondere gegen die *ungerechte Steuerpolitik* protestiert, die gerade den Millionen Beschäftigten mit dem niedrigsten Einkommen keinerlei Vergünstigung brachte, obwohl sie von der Teuerung am härtesten getroffen worden sind. Er hat vor dem Abbau der sozialen Sicherheit gewarnt, den die Regierung mit einem Angriff auf die Arbeitslosenunterstützung ein Stück weitergetragen hat. Es besteht zwischen der gewerkschaftlichen Auffassung und der Auffassung dieser Regierung ein tiefer Gegensatz: die Gewerkschaften sehen in der *Aufrechterhaltung des Lebensstandards* der Arbeiterklasse und in dem *Ausbau des sozialen Sicherheits-*

systems eine Voraussetzung für den Erfolg der Produktionskampagne, von der die wirtschaftliche Erstarkung Englands abhängt. Die Regierung und das privatkapitalistische Unternehmertum dagegen sehen diese Voraussetzung in der *Herabdrückung des Lebensstandards* und dem *schrittweisen Abbau der sozialen Sicherheit.* Ihnen steht der ganze amtliche und der private Propagandadienst zur Verfügung, der für Ausfuhrschwierigkeiten und angebliche oder wirkliche Inflationsgefahren in erster Linie immer die Arbeiterschaft verantwortlich macht.

Obwohl es für jeden, der auch nur einen flüchtigen Blick in den Haushalt einer Arbeiterfamilie tut, offensichtlich ist, daß die Millionen der arbeitenden Bevölkerung nicht über «überschüssige Kaufkraft» verfügen und nicht «leichtfertig» ausgeben, wird doch fortgesetzt – mit einem Auge auf die Massen des Volkes – vom «Ueber-unsere-Verhältnisse-Leben» gesprochen. Minister, Bankdirektoren und Industrielle betonen die Notwendigkeit sozialreaktionärer Maßnahmen und einer Einschränkung der Lebenshaltung des Volkes mit dem Hinweis, daß einer Inflation vorgebeugt oder daß sie korrigiert werden müsse. Zurzeit ist eine Inflation für die Mehrheit der Bevölkerung nicht gegeben, soweit darunter verstanden wird, daß sie über überflüssiges Geld verfügt. Der Rückgang der Spareinlagen kann als Beweis dafür genommen werden, daß sie ihre Ersparnisse angreifen muß.

Diese Aeußerungen und das Vorgehen der Regierung zwingen zu der Annahme, daß ihnen die soziale Sicherheit der Arbeiterschaft unangenehm und die Macht der Gewerkschaften zu stark ist. Sie wollen sie wieder auf den Stand von vor 20 bis 25 Jahren zurückgedrängt wissen. Von der Vermehrung der Arbeitslosigkeit und dem erstrebten Rückschlag im Lebensstandard erhoffen sie eine Lähmung der gewerkschaftlichen Aktivität. Dies würde dann einen Großangriff auf den Reallohn und für die Verlängerung der Arbeitszeit in den Bereich der Möglichkeit rücken, immer unter dem Vorwand, daß die Produktionskosten herabgesetzt werden müssen, um die britischen Waren im Wettbewerb auf den internationalen Märkten erfolgreicher zu machen.

Die Arbeiter und Gewerkschaften sehen darin eine ernste Gefahr für die Entwicklung Englands und auch für die Arbeiterschaft anderer Länder und verteidigen aus diesem Grunde den Lebensstandard, den sie gewonnen haben. Das ist der Sinn der Lohnforderungen, die die Gewerkschaften für ihre 8 Millionen Mitglieder erheben.

K. F. Bieligk, London

« *Gewerkschaftliche Rundschau* », Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, Bern, Telephon 5 56 66, Postcheckkonto III 2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 10.—, Ausland Fr. 12.—; für Mitglieder der dem Schweiz. Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 5.—. Einzelhefte Fr. 1.—. Druck: Unionsdruckerei Bern.